6043 Landesmitgliederversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit.

6044 (2) Die Zurückweisung durch den Vorstand ist der Bewerberin/dem Bewerber
6045 gegenüber unter Hinweis auf ihre/seine Rechte schriftlich zu begründen.

6046 (3) Die Mitgliedschaft beginnt mit der Zustimmung des zuständigen Gremiums
6047 gegenüber KandidatInnen.

6048 (4) Über die Aufnahme von Mitgliedern, die nicht im Gebiet des Landesverbandes
6049 wohnen, entscheidet der Landesvorstand.

6050 **§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft**

6051 (1) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod.

6052 (2) Der Austritt ist schriftlich gegenüber dem zuständigen Gebietsverband zu
6053 erklären.

6054 **§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder**

6055 (1) Jedes Mitglied hat das Recht,

6056 1. an der politischen Willensbildung der Partei in der üblichen Weise, z.B.
6057 Aussprachen, Anträge, Abstimmungen und Wahlen, mitzuwirken.

6058 2. an Delegiertenkonferenzen als Gast teilzunehmen.

6059 3. im Rahmen der Gesetze und der Satzungen an der Aufstellung von KandidatInnen
6060 mitzuwirken, sobald es das wahlfähige Alter erreicht hat.

6061 4. sich selbst bei diesen Anlässen um eine Kandidatur zu bewerben.

6062 5. innerhalb der Partei das aktive und passive Wahlrecht auszuüben.

6063 6. an allen öffentlichen und mitgliederöffentlichen Sitzungen von
6064 Arbeitsgruppen, Ausschüssen und Parteiorganen teilzunehmen.

6065 7. sich mit anderen Mitgliedern in Fachgruppen eigenständig zu organisieren.

6066 (2) Jedes Mitglied hat die Pflicht,

6067 1. die Grundsätze der Partei und die im Programm festgelegten Ziele zu
6068 vertreten.

6069 2. die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse der Parteiorgane anzuerkennen.

6070 3. seinen Beitrag pünktlich zu entrichten. Über dessen Höhe entscheidet die
6071 Mitgliederversammlung.

6072 (3) MandatsträgerInnen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bremen in der Bremischen
6073 Bürgerschaft sowie in der Stadtbürgerschaft Bremen und bündnisgrüne InhaberInnen
6074 von Regierungsämtern (SenatorIn und StellvertreterIn) auf Landesebene leisten
6075 neben ihren satzungsgemäßen Mitgliedsbeiträgen Sonderbeiträge an den
6076 Landesverband. Die Höhe der Sonderbeiträge wird von der
6077 Landesmitgliederversammlung bestimmt.

6078 (4) Wahlbeteiligung

6079 1. An der politischen Willensbildung beteiligen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
6080 Bremen auch durch Teilnahme an Wahlen.

6081 2. Die Programme und Wahlplattformen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben den Zweck,
6082 die BürgerInnen darüber zu informieren, für welche Ziele BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
6083 Bremen im Parlament eintreten werden und welche Wege sie dabei einschlagen
6084 wollen.

6085 § 6 Gliederung

6086 (1) Der Landesverband gliedert sich in Kreisverbände und kreisfreie Gebiete.

6087 (2) Auf Stadtteilebene können Stadtteilgruppen gebildet werden, die dem
6088 jeweiligen Kreisverband oder dem Landesverband zugeordnet sind. Alles weitere
6089 regelt ein Statut.

6090 (3) Kreisverbände können mit mindestens 15 anwesenden Mitgliedern gegründet
6091 werden.

6092 § 7 Organe

6093 (1) Die Organe des Landesverbandes sind

6094 1. die Landesmitgliederversammlung

6095 2. der Landesvorstand

6096 3. der Landesfinanzrat (LFR)

6097 (2) Die Organe der nachgeordneten Gebietsverbände werden von diesen autonom
6098 geregelt.

6099 (3) Alle durch Wahlen zu besetzenden Parteigremien sind mindestens zur Hälfte
6100 mit Frauen zu besetzen. Auf Wahllisten stehen grundsätzlich mindestens die
6101 ungeraden Plätze Frauen zu. Ebenso wie die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen
6102 ist die Anerkennung geschlechtlicher Vielfalt zu achten und zu stärken. Das
6103 Nähere regelt ein Frauenstatut, das Bestandteil dieser Satzung ist.

6104 § 8 Die Landesmitgliederversammlung

6105 (1) Die Landesmitgliederversammlung ist das oberste Organ des Landesverbandes.
6106 Sie bestimmt die Richtlinien der Politik des Landesverbandes. Die
6107 Landesmitgliederversammlung findet mindestens zweimal jährlich statt. Sie wird
6108 einberufen auf Beschluss des Landesvorstandes, auf Antrag von zwei
6109 Kreisverbänden oder auf Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder des
6110 Landesverbandes. Der Landesvorstand lädt zur Landesmitgliederversammlung mit
6111 einer Frist von zehn Tagen (Poststempel) unter schriftlicher Angabe der
6112 Tagesordnung ein.

6113 (2) Die Versammlung wählt eine/n Versammlungsleiter/in und eine/n
6114 Protokollführer/in. Über alle Landesmitgliederversammlungen ist ein Protokoll
6115 anzufertigen.

6116 (3) Nichtmitglieder und Gäste können mit beratender Stimme an der Versammlung
6117 teilnehmen.

6118 (4) Zu den Aufgaben der Landesmitgliederversammlung gehören:

6119 1. Die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Landesvorstands, die
6120 Entgegennahme des Rechnungsprüfberichts sowie die Entlastung des
6121 Landesvorstandes.

- 6122 2. Die Wahl des Landesvorstands.
- 6123 3. Die Wahl der VertreterInnen für den Länderrat.
- 6124 4. Die Wahl der Mitglieder der Landesschiedskommission.
- 6125 5. Die Wahl von zwei RechnungsprüferInnen.
- 6126 6. Die Wahl einer/eines sachverständiges Mitgliedes und einer Vertretung für den
6127 Bundesfinanzrat.
- 6128 7. Die Wahl der Vertreterinnen für den Frauenrat
- 6129 8. Die Wahl der KandidatInnen zu Parlamentswahlen.
- 6130 9. Die Beschlussfassung über eine Geschäfts- und Schiedsordnung.
- 6131 10. Die Diskussion und Beschlussfassung über vorgelegte Anträge.
- 6132 11. Die Aufteilung der dem Landesverband zur Verfügung stehenden Mittel.
- 6133 12. Die Bestätigung einer/eines vom Landesvorstand angestellten
6134 Landesgeschäftsführerin/ Landesgeschäftsführers.
- 6135 (5) Die Landesmitgliederversammlung richtet Arbeitsgruppen ein.

6136 **§ 9 Der Landesvorstand**

- 6137 (1) Der Landesvorstand besteht aus mindestens sieben Mitgliedern. Bei
6138 Erweiterung sollte eine ungerade Mitgliederzahl angestrebt werden, um
6139 Pattsituationen zu vermeiden. Er setzt sich zusammen aus zwei gleichberechtigten
6140 SprecherInnen, der/dem Landesschatzmeister/in und weiteren Mitgliedern. Die
6141 beiden SprecherInnen bilden zusammen mit der/dem Landesschatzmeister/in den
6142 geschäftsführenden Vorstand und vertreten die Landespartei zwischen Sitzungen
6143 nach innen und außen gemäß § 26 (2) BGB.
- 6144 (2) Als Vorstandsmitglied ist gewählt, falls die Landesmitgliederversammlung
6145 kein anderes Verfahren beschließt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen
6146 Stimmen erhält. In einem erforderlichen zweiten Wahlgang genügt die einfache
6147 Mehrheit. Vorstandsmitglieder sind jederzeit durch die

6148 Landesmitgliederversammlung abwählbar.

6149 (3) Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Die Wiederwahl ist möglich.

6150 (4) Im Landesvorstand dürfen nicht mehr als ein Drittel der Mitglieder
6151 Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft (Landtag), der Stadtbürgerschaft, des
6152 Bundestags oder des Europäischen Parlaments sein, davon höchstens ein Mitglied
6153 des geschäftsführenden Landesvorstands. Mitglieder des Landesvorstands dürfen
6154 nicht Fraktionsvorsitzende im Bundestag, in der Bremischen Bürgerschaft
6155 (Landtag), im Europäischen Parlament oder Mitglieder der Bundesregierung, der
6156 Bremer Landesregierung oder der Europäischen Kommission sein. Wird während der
6157 laufenden Amtsperiode die Höchstgrenze nach Satz 1 überschritten oder erlangt
6158 während der laufenden Amtsperiode ein Vorstandsmitglied ein Mandat oder Amt im
6159 Sinne von Satz 2, so endet die Amtszeit im Landesvorstand mit der Neuwahl der
6160 entsprechenden Vorstandsmitglieder auf der nächsten Landesmitgliederversammlung,
6161 soweit sie nicht vorher von einem der Ämter zurücktreten.

6162 (5) Die Mitglieder des Landesvorstands können für ihre Tätigkeit vergütet
6163 werden. Näheres regelt die Finanz- und Erstattungsordnung. Parteimitglieder, die
6164 in einem beruflichen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zur Partei
6165 stehen, können kein Vorstandsamt bekleiden. Regelungen zur Vergütung des
6166 Landesvorstands bleiben davon unberührt.

6167 (6) Ehrenamtliche Tätigkeit, z.B. in der Landesgeschäftsstelle bleibt hiervon
6168 unberührt.

6169 (7) Der Vorstand ist an die Beschlüsse der Landesmitgliederversammlung gebunden.
6170 Er tagt mitgliederöffentlich, außer in Personalangelegenheiten. Zu sonstigen
6171 vertraulichen Beratungen, bei denen allerdings keine Beschlüsse gefasst werden
6172 dürfen, kann der Landesvorstand mit 2/3-Mehrheit die Mitgliederöffentlichkeit
6173 ausschließen. Er erstattet der Landesmitgliederversammlung einen
6174 Rechenschaftsbericht. Dessen finanzieller Teil ist vor Berichterstattung durch
6175 den Landesfinanzrat inhaltlich und durch die Rechnungsprüfer formell zu prüfen.

6176 (8) Wer als Vorstand oder als Abgeordnete/r in einem Parlament oder als
6177 Regierungsmitglied Aufsichtsratsposten oder bezahlte Beraterverträge annimmt,
6178 hat diese Tätigkeit, inklusive der daraus resultierenden Einkünfte, dem
6179 Landesvorstand anzuzeigen.

6180 § 10 Landesfinanzrat

6181 (1) Der Landesfinanzrat setzt sich zusammen aus der/dem Landesschatzmeister/in

6182 und den gewählten SchatzmeisterInnen der Kreisverbände sowie der/dem
6183 Landesschatzmeister/in der Grünen Jugend Bremen. Für sie/ihn gilt § 7 Abs. 3 als
6184 Sollvorschrift.

6185 (2) Die Aufgaben des Landesfinanzrates regelt die Beitrags- und Kassenordnung.

6186 **§ 11 Grüne Jugend Bremen**

6187 (1) Die Grüne Jugend Bremen ist die politische Jugendorganisation von BÜNDNIS
6188 90/DIE GRÜNEN BREMEN. Sie ist als Vereinigung der Partei ein Zusammenschluss mit
6189 der Zielsetzung, sich in ihrem Wirkungskreis für den Grundkonsens der Partei
6190 einzusetzen sowie die besonderen Interessen der Grünen Jugend Bremen in den
6191 Organen der Partei zu vertreten, um an der politischen Willensbildung
6192 mitzuwirken.

6193 (2) Die Grüne Jugend Bremen hat entsprechend den Gebietsverbänden der Partei (§
6194 13) Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Sie erkennt Grundsätze
6195 und Ziele der Landespartei an, Programm und Satzung dürfen dem Grundkonsens der
6196 Landespartei nicht widersprechen.

6197 (3) Die Grüne Jugend Bremen hat das Recht, Anträge an die Organe der
6198 Landespartei zu stellen.

6199 (4) VertreterInnen der Grünen Jugend Bremen in Organen der Partei müssen
6200 Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sein.

6201 **§ 12 Grüne Alte Bremen**

6202 (1) Die Grünen Alten Bremen sind die politische Altenorganisation von BÜNDNIS
6203 90/DIE GRÜNEN BREMEN. Sie ist als Vereinigung der Partei ein Zusammenschluss mit
6204 der Zielsetzung, sich in ihrem Wirkungskreis für den Grundkonsens der Partei
6205 einzusetzen sowie die besonderen Interessen der Grünen Alten in den Organen der
6206 Partei zu vertreten, um an der politischen Willensbildung mitzuwirken.

6207 (2) Die Grünen Alten Bremen haben entsprechend den Gebietsverbänden der Partei
6208 (§ 13) Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie. Sie erkennen die
6209 Grundsätze und Ziele der Landespartei an, Programm und Satzung dürfen dem
6210 Grundkonsens der Landespartei nicht widersprechen.

6211 (3) Die Grünen Alten Bremen haben das Recht, Anträge an die Organe der
6212 Landespartei zu stellen.

6213 (4) VertreterInnen der Grünen Alten Bremen in Organen der Partei müssen
6214 Mitglieder von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bremen sein.

6215 **§ 13 Struktur**

6216 (1) Um eine dezentrale Parteigliederung und Basisdemokratie zu entwickeln,
6217 regelt die Satzung eine größtmögliche Autonomie der Kreisverbände. Entscheidende
6218 Organe sind die jeweiligen Mitgliederversammlungen.

6219 (2) Die Kreisverbände haben Programm-, Satzungs-, Finanz- und Personalautonomie.
6220 Programm und Satzung dürfen den programmatischen Grundsätzen und Zielen der
6221 Partei nicht widersprechen.

6222 **§ 14 Ordnungsmaßnahmen**

6223 Es gelten die Regelungen der Bundessatzung.

6224 **§ 15 Beschlussfähigkeit der Organe**

6225 (1) Der Landesvorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner
6226 Mitglieder, darunter eine/ein Sprecher/in, anwesend ist.

6227 (2) Landesmitgliederversammlungen sind beschlussfähig, wenn und solange
6228 mindestens 10 % der Mitglieder anwesend sind. Dies gilt entsprechend als 10 %
6229 der weiblichen Mitglieder im Fall des § 7 Abs. 3. Zu einer Satzungsänderung ist
6230 zur ersten Beratung und Beschlussfassung die Anwesenheit von mindestens 30 % der
6231 Mitglieder erforderlich. Ist die Versammlung dann nicht beschlussfähig, gilt für
6232 die nächste Versammlung das Quorum von 10 %. Bei der Einladung ist darauf
6233 hinzuweisen.

6234 (3) Eine wegen Beschlussunfähigkeit erneut geladene Mitgliederversammlung ist
6235 bei Einhaltung der zehntägigen Ladefrist in jedem Fall beschlussfähig. Bei der
6236 Einladung ist hierauf hinzuweisen. Dieser Absatz gilt nicht für
6237 Satzungsänderungen.

6238 (4) Der Landesfinanzrat ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte seiner
6239 Mitglieder, darunter die/der Landesschatzmeister/in, anwesend ist.

6240 **§ 16 Verfahrensbestimmungen**

6241 (1) Die Wahlen der Vorstandsmitglieder und der WahlbewerberInnen für
6242 Parlamentswahlen sind geheim. Bei den übrigen Wahlen kann offen abgestimmt
6243 werden, wenn sich auf Befragen kein Widerspruch erhebt.

6244 (2) Für Satzungsänderungen ist eine 2/3-Mehrheit der satzungsändernden
6245 Mitgliederversammlung erforderlich.

6246 (3) Zu besonderen Fragen kann im Landesverband eine Urabstimmung durchgeführt
6247 werden. Die Durchführung orientiert sich an den Vorgaben der Bundessatzung.

6248 **§ 17 Landesschiedskommission**

6249 Beim Landesverband besteht ein Landesschiedsgericht. Näheres regelt die
6250 Landesschiedsordnung.

6251 **§ 18 Auflösung**

6252 (1) Über die Auflösung oder die Verschmelzung des Landesverbandes entscheidet
6253 die Landesmitgliederversammlung mit zwei Drittel Mehrheit. Dieser Beschluss
6254 bedarf der Bestätigung durch eine Urabstimmung der Mitglieder. Sofern die
6255 Landesmitgliederversammlung nicht anders beschließt, wird das Vermögen
6256 anerkannten, ökologisch orientierten Bürgerinitiativen und/oder Organisationen
6257 bzw. deren Projekte überwiesen.

6258 **§ 19 Schlussbestimmungen**

6259 (1) Diese Satzung tritt am Tage der Beschlussfassung hierüber unmittelbar nach
6260 Verkündung in Kraft.

6261 (2) Im Übrigen gelten die Regelungen der Bundessatzung und die gesetzlichen
6262 Bestimmungen.

6263 **FRAUENSTATUT**

6264 *für den Landesverband Bremen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN*
6265 *Beschlossen auf der Landesmitgliederversammlung vom 5. Dezember 2020*

6266 **§ 1 Geltung des Bundesfrauenstatuts**

6267 Das Frauenstatut des Bundesverbands ist auch für den Landesverband Bremen von

6268 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und seine Kreisverbände verbindlich. Im Folgenden werden
6269 lediglich ergänzende Regelungen getroffen.

6270 **§ 2 Mindestquotierung**

6271 Die Regelungen zur Mindestquotierung von Gremien gelten auch für die Wahl der
6272 zwei gleichberechtigten Sprecher*innen des Landesvorstands sowie für die
6273 Abstimmung über Personalvorschläge für den Senat der Freien Hansestadt Bremen,
6274 sofern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für mindestens zwei Mitglieder des Senats
6275 vorschlagsberechtigt ist. Die auf Vorschlag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gewählten
6276 Mitglieder des Senats sind aufgefordert, die Mindestquotierung auch bei der
6277 Auswahl von Staatsrät*innen einzuhalten.

6278 **§ 3 Redelisten**

6279 Wird die Debatte fortgesetzt, obwohl die Redeliste der Frauen erschöpft war,
6280 können sich Frauen jederzeit zu Wort melden und sind dann in die Redeliste
6281 hineinzuzuquotieren. Auch nach Schließung der Redeliste bleibt diese für Frauen
6282 offen, bis mindestens jeder zweite Redebeitrag der Debatte von einer Frau
6283 gehalten worden ist.

6284 **§ 4 Frauenvotum auf einer Landesmitgliederversammlung**

6285 Auf einer Landesmitgliederversammlung genügt der Antrag von drei
6286 stimmberechtigten Frauen für ein Frauenvotum.

6287 **§ 5 Einstellung von Arbeitnehmerinnen**

6288 (1) Frauen sind vom Landesverband solange bevorzugt einzustellen, bis sie in
6289 allen Arbeitsbereichen und Lohngruppen mit mindestens 50-Prozent-Anteil
6290 vertreten sind.

6291 (2) Bewerberinnen sind gemäß Absatz 1 einzustellen, wenn sie den betrieblichen,
6292 schulischen oder akademischen Bildungsabschluss nachweisen, der für die Ausübung
6293 der Stelle, der Laufbahn oder der Funktion gefordert ist. Insbesondere dürfen
6294 Zeiten der Kinderbetreuung, Unterbrechung der Berufsausübung, Erwerb von
6295 schulischen Abschlüssen im 2. oder 3. Bildungsweg sowie Teilzeitbeschäftigungen
6296 nicht zum Nachteil der Bewerberin als mangelnde Eignung oder Befähigung gewertet
6297 werden.

6298 (3) Die Wahl zwischen Vollzeit- und sozial abgesicherten Teilzeitarbeitsplätzen

6299 soll möglich sein, ebenso wie eine vorübergehende Verringerung der Arbeitszeit.

6300 (4) Die Einstellungskommissionen sind paritätisch zu besetzen; eine Vertreterin
6301 der LAG Frauen nimmt an den Einstellungsverfahren mit beratender Stimme teil.

6302 **§ 6 Weiterbildung**

6303 Der Landesverband Bremen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fördert und unterstützt
6304 spezifische Angebote zur politischen Weiterbildung für Frauen und Mädchen.

6305 **§ 7 Nichtbinäre Personen**

6306 Personen, die sich weder ausschließlich als männlich noch ausschließlich als
6307 weiblich definieren, dürfen sowohl die nach diesem Statut für Frauen
6308 vorbehaltenen als auch die für Männer offenen Positionen einnehmen.

6309 **BEITRAGS- UND KASSENORDNUNG**

6310 *für den Landesverband Bremen von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN*

6311 *LMV-Beschlüsse vom 21. März 1998, 27. Mai 2008 und 7. November 2010*

6312 Entsprechend dem Grundsatz weitgehender Dezentralisierung und autonomer
6313 Regelungen, die allerdings ihre Grenze in den Notwendigkeiten einer politisch
6314 wirksamen Organisation und der Rechenschaftslegung entsprechend dem
6315 Parteiengesetz (ParG) finden, regeln BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bremen ihre
6316 Finanzverhältnisse wie folgt:

6317 **A. Rechenschaftsbericht**

6318 1. Die LandesschatzmeisterIn sorgt für die fristgerechte Vorlage des
6319 Rechenschaftsberichts gemäß dem fünften Abschnitt des ParG bei dem
6320 Bundesschatzmeister bis zum 31. Mai eines jeden Jahres.

6321 2. Die Kreisverbände, die Grüne Jugend und die Grünen Alten legen der
6322 LandesschatzmeisterIn bis spätestens zum 28. Februar eines jeden Jahres die
6323 Rechenschaftsberichte gemäß dem fünften Abschnitt des ParG vor.

6324 3. Die LandesschatzmeisterIn kontrolliert die ordnungsgemäße Kassenführung der
6325 Kreisverbände, der Grünen Jugend, der Grünen Alten und des Landesverbands und
6326 gewährleistet damit, dass jederzeit die zur Erteilung des Prüfvermerks für den

6327 Rechenschaftsbericht (nach §§ 29, 30 ParG) vorgeschriebenen Stichproben möglich
6328 sind. Ist die rechtzeitige Abgabe des Rechenschaftsberichts gemäß ParG auf
6329 Landesebene gefährdet, muss die LandesschatzmeisterIn die Kassenführung des
6330 nachfolgenden Organs an sich ziehen oder eine Beauftragte einsetzen. Die dafür
6331 entstehenden Kosten trägt das Organ, dem die Kassenführung entzogen wurde.

6332 **B Beitragsabführung und Spenden**

6333 4. Um eine möglichst unbürokratische und dezentrale Beitragserhebung zu
6334 gewährleisten, zahlen die Kreisverbände einen von der
6335 Landesmitgliederversammlung beschlossenen Beitragsanteil pro Monat und Mitglied
6336 jeweils zur Quartalsmitte an den Landesverband. Für Mitglieder, die gleichzeitig
6337 Mitglied von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Grünen Jugend oder der Grünen Alten
6338 sind, erhalten die Grüne Jugend Bremen und die Grünen Alten Bremen eine
6339 Mitgliedsbeitragsumlage vom Landesverband.

6340 5. Landes- und Kreisverbände, die Grüne Jugend und die Grünen Alten sind
6341 berechtigt, Spenden anzunehmen. Ausgenommen sind Spenden, die im Sinne von § 25
6342 ParG unzulässig sind. Solche Spenden sind über den Landesverband und den
6343 Bundesverband unverzüglich an das Präsidium des Deutschen Bundestages
6344 weiterzuleiten. Spendenbescheinigungen werden vom Landesverband, den
6345 Kreisverbänden, der Grünen Jugend oder den Grünen Alten erteilt. Jeder Ebene
6346 stehen die bei ihr eingegangenen Spenden ungeteilt zu.

6347 6. Spenden an einen oder mehrere Gebietsverbände, deren Gesamtwert € 10.000,00
6348 übersteigen, sind im Rechenschaftsbericht des Gebietsverbandes, der sie
6349 vereinnahmt hat, unter Angabe des Namens und der Anschrift des Spenders zu
6350 verzeichnen.

6351 7. Hat ein Gebietsverband unzulässige Spenden vereinnahmt, ohne sie gemäß Nr. 5
6352 Satz 3 dieser Beitrags- und Kassenordnung weiterzuleiten, oder erlangte Spenden
6353 nach Nr. 6 dieser Beitrags- und Kassenordnung nicht im Rechenschaftsbericht
6354 veröffentlicht, so verliert er gemäß § 25 ParG den ihm nach der jeweiligen
6355 Beschlusslage zustehenden Anspruch auf Erstattung von staatlichen Mitteln in
6356 Höhe des Zweifachen der rechtswidrig erlangten oder nicht veröffentlichten
6357 Spenden.

6358 **C Staatliche Teilfinanzierung**

6359 8. Über die staatlichen Mittel, die dem Landesverband auf der Grundlage des ParG
6360 zufließen, bereitet der Landesfinanzrat einen Vorschlag zur Verteilung an den
6361 Landesverband, die Kreisverbände bzw. die Grüne Jugend und die Grünen Alten vor.

6362 **D Haushalt**

6363 9. Die/der Landesschatzmeister/in stellt einen Haushaltsplan auf, der vom
6364 Landesfinanzrat zwischenzeitlich, von der Landesmitgliederversammlung endgültig
6365 genehmigt wird.

6366 10. Ist es absehbar, dass der Haushaltsansatz nicht ausreicht, hat die/der
6367 Landesschatzmeister/in unverzüglich einen Nachtragshaushalt einzubringen. Sie
6368 ist bis zu dessen Verabschiedung an die Grundsätze einer vorläufigen
6369 Haushaltsführung gebunden.

6370 11. Eine Ausgabe, die beschlossen ist, muss durch einen entsprechenden
6371 Haushaltstitel auch möglich sein. Beschlüsse, die mit finanziellen Auswirkungen
6372 verbunden sind und für deren Deckung kein entsprechender Haushaltstitel
6373 vorgesehen ist, sind nur über die Umwidmung von anderen Etatposten auszuführen.
6374 Die Umwidmung bedarf der ausdrücklichen und schriftlichen Zustimmung durch
6375 die/der Landesschatzmeister/in. Kommt diese Zustimmung nicht zustande, muss
6376 diese Ausgabe über einen entsprechenden Nachtragshaushalt bei den dazu
6377 notwendigen Gremien beantragt werden. Bis zu dieser Entscheidung erfolgt keine
6378 Ausführung des Beschlusses.

6379 **E Kreisverbände, Grüne Jugend und Grüne Alte**

6380 12. Entsprechend § 13 der Satzung erlassen die Kreisverbände, die Grüne Jugend
6381 und die Grünen Alten die im Sinne des Parteiengesetzes notwendigen ergänzenden
6382 Regelungen.